

Danzig, 28. Mai.

## Die Socialdemokratie

## Gein Recht?

Roman von Elisabeth Gnade.

15) [Nachdruck verboten.]  
(Fortsetzung.)

„Du“, keuchte er während des verzweifeltsten Ringens, „du — kann man dich nie und nimmer los werden — mußt du einem ewig nachschleichen — du verrücktester Spion — du Gefangenwärter, du gräßlichster — du? Ich hasse dich! Ich dich dich! Ich dich! — Nun war es beinahe so weit — noch einen Augenblick, und ich hätte alles überstanden gehabt — da mußt du mir doch mitkommen — du — so laß mich doch endlich zu-“

**Gegen den obligatorischen Eadenſchluß.**

### **Gegen den obligatorischen Eideschwur.**

## Sur Friedensconferenz.

Die Versuche, Deutschland und Rußland zu verheizen, indem die Entsendung des Professors v. Stengel zur Konferenz im Haag als eine Beleidigung Rußlands dargestellt wurde, haben in Petersburg keinen Erfolg gehabt. Der abermalige Versuch dieser Art, der mit der Behauptung unternommen wurde, Professor v. Stengel habe dem Kaiser Nicolaus selbst seine vielermähnte Schrift zugesendet und den Zaren dadurch verlegt, ist von Herrn v. Stengel selbst als Erfindung gekennzeichnet worden. Alle derartigen Machenschaften dürften durch einen unmittelbaren Gedankenaustausch zwischen Berlin und Petersburg durchkreuzt worden sein, welcher das Zusammenwirken der beiden Mächte sowohl auf der Haager Konferenz, als in den schwebenden internationalen Fragen sichert. Was die erwähnten Heheereien anlässlich der Entsendung des Herrn v. Stengel nach dem Haag betrifft, so glaubt die „Nationalzeitung“ nach ihrer Kenntniß der Dinge, daß denselben eine nachplaudische Intrigue zu Grunde liegt. Von einer über russische Verhältnisse gut unterrichteten Persönlichkeit, die in Petersburg Gelegenheit hatte, in die dort durch den Zusammentritt der Friedenskonferenz bis in hohe Kreise hinein einflusslichen Wünsche und Treibereien Einblick zu gewinnen, wird dem Blatte bestätigt, daß bei den deutsch-feindlichen Machenschaften, die an die Entsendung des

Anton erschien jetzt als der aufgeregte Leidenschafliche, während Gerhard mit ganz ruhiger, schwerer, langsamer Stimme sprach.

**Vom Tuberculose-Congress.**

Nachdem der Kaiser und die Kaiserin dem Präsidenten des Congresses, Herzog von Ratibon, ihrer Freude über den Verlauf des Congresses Ausdruck verliehen hatten, ließen sich die Majestäten die Herren vorstellen und unterhielten sich mit jedem einzelnen derselben, längere Zeit

„Wir dürfen nicht entscheiden wollen, was erträglich und was zu schwer für uns ist: man

## Die Revision.

Werde uns aufräumen wird, abzugeben. Wenn  
wird Dreesius selbst anwesend sein, und unter-  
stützt von einem Rechtsberater, wird es ihm a  
der Hand des gewaltigen, der Öffentlichkeit unter-  
breiteten Entlastungsmaterials nicht schwer fallen  
seine Ankläger, falls sich solche überhaupt noch  
finden, zu entwaffnen.

den, kleinen Lebewesen hier unten sein ele-  
verfümmeltes Dasein auslöst? Ja, glaub-  
du das?" (Fortf. folgt.)



Paris, 21. Mai. Der „Figaro“ veröffentlicht heute Aufzeichnungen von Dreyfus, die dieser im Gefängnis während der Untersuchungsphase im November und Dezember 1894 geschrieben. Dreyfus erzählt darin, wie er nach dem Kriegsministerium berufen wurde, wie Poincaré ihn durch das bekannte Diktat zu überführen suchte und wie er verhaftet wurde. Nach der Verhaftung sei er von dem die Untersuchung führenden Offizier mehrfach verhört worden, der sich auch häufig in Beleidigungen gegen ihn ergangen habe. Dreyfus schreibt wörtlich: „Ich verlangte immer Beweise für die Anklage, doch weigerte man sich stets, sie zu zeigen. Man behauptete, daß das Beweisstück für mein angebliches Verbrechen ein Brief sei. Der die Untersuchung führende Offizier und der Gerichtsschreiber ließen mich alles sagen, was sie wollten. Ich erkannte mich schließlich selbst nicht mehr.“ Dreyfus erzählt eine Reihe Einzelheiten. Eines Tages schreibt er: „Ich machte geltend, daß ich Elässer sei und deshalb kein Verräther sein könne. Man antwortete hierauf, daß ich gerade dadurch mein angebliches Spiel besser verbergen könne. Am anderen Tage sagt der die Untersuchung führende Offizier: „Man ist Ihnen Mißschuligen auf der Spur. Es stehen weitere Verhaftungen bevor. Ihre Verhaftung wird geheim gehalten.“ Ich wollte mich entziehen und war wie irrinnig. In einem Fieberanfall nahm ich ein Bettuch, um mich am Fenster zu erhängen. Man sagte mir jedoch, daß, wenn ich sterbe, alle Welt glauben würde, daß ich schuldig sei und daß ich leben müsse, um meine Unschuld betheuern zu können.“ In anderen Aufzeichnungen bekundet Dreyfus sein Ersäunen über seine Verhaftung und Entführung, weil ein Sachverständiger erklärte, daß seine Schrift mit der eines Schurken ähnlich sei. Während der Dauer der Untersuchung sei ihm gesagt worden, daß er verloren sei und daß nichts ihn retten könne. Schließlich theilte die Regierungskommission ihm mit, daß er vor ein Kriegsgericht verwiesen werde, da der Verdacht gegen ihn genügend begründet sei. Der „Figaro“ sagt, der Cassationshof sei bekannt geworden mit der Falschung Henrys vom Jahre 1896, wodurch dessen Zeugenaussage vor dem Kriegsgericht von 1894 verächtlich erschien, und zweitens mit der Schriftprüfung, welcher das Bordereau während des Prozesses Esterhazy unterworfen war, wobei man zu abweichenden Schlüssen gegenüber denen von 1894 kam, und wonach Dreyfus nicht der Urheber des Bordereaus sein dürfte. Ferner wurde festgestellt, daß der ganze Prozeß von 1894 nur auf das Bordereau und die Aussagen du Patin de Clams und Henrys sich stütze, und daß zwei Schriftstücke fälschlich mit Dreyfus in Verbindung gebracht wurden.

Der „Figaro“ spricht in seinem Schlussartikel über die Dreyfussache die Befürchtung aus, daß eine Revision mit Verweisung vor ein neues Kriegsgericht die Affäre, unter der Frankreich so schwer leide, noch für einige Monate verlängern könne. Die Untersuchung habe die Unschuld Dreyfus' klar dargelegt, warum sollte man daher nicht die Revision des Prozesses ohne Verweisung an ein neues Kriegsgericht beschließen? Der „Figaro“ schließt mit den Worten: „Gerechtigkeit, aber keine Repressalien.“

### Neuer Sturm in der italienischen Deputiertenkammer.

Rom, 27. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer brachte der Ministerpräsident Pellou sein Bedauern darüber aus, daß der Präsident sich gestern genötigt sah, die Sitzung aufzuheben in Folge von Beleidigungen, welche ein Deputierter gegen das Heer geschleudert, das dem Lande das Theuerste und Heiligste sei. (Lebhafte langanhaltender Beifall, allseitig Hochrufe auf das Heer.) Mehrere Deputierte der äußersten Linken fliessen leidenschaftliche Proteste aus, die ganze übrige Kammer gab hierüber ihren Unwillen kund. Unter allgemeiner Bewegung suspendirte der Präsident die Sitzung. Nach einer Viertelstunde wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Der Präsident erwähnte das Haus dringend, die Redefreiheit jedenfalls zu achten. (Zustimmung.) Pellou ergriff das Wort abermals und sprach sein Bedauern aus, daß er sich nicht gestern, wie er heute gelien, ausdrücken konnte. Das Vaterland bemundere das ganze Heer und sei ihm dankbar. (Allgemeiner Beifall, Rufe: „Es lebe das Heer.“) Nur die äußerste Linke (schweig.) Pellou forderte den Kriegsminister auf, dem Heere sofort die Unterstützung der Kammer mitzutheilen. (Langanhaltender Beifall.) Der Deputierte Ungaro schloß sich den Ausführungen Pellou's an. Ferri erklärte, er habe gestern das Heer nicht beleidigt, sondern nur eine geschichtliche Thatfache konstatiren wollen (Lärm) hinsichtlich des Verhaltens gewisser Generale, Offiziere und Soldaten in Afrika. (Lärm und Unterbrechungen.) Seine Ausführungen galten nicht dem ganzen Heere, sondern nur dem Theile, welcher sich denselben unwürdig gezeigt. (Beifall auf der Linken.) Der Präsident erklärte, er fasse die heutigen Worte Ferris als Correctur der gestrigen auf, damit wäre der Zwischenfall erledigt. (Beifall.) Die Kammer ging darauf zur Erörterung der hinsichtlich der Tagesordnung eingebrachten Anfragen über. Ferri setzte hierbei die gestern unterbrochenen, gegen das Ministerium gerichteten Ausführungen fort. Die Rechte, die rechte Linke und das Centrum verließen den Sitzungssaal und kehrten erst, als Venturi das Wort ergriff, wieder. Venturi griff ebenfalls das Ministerium an.

### Heeresreform in Spanien.

Die Madrider Zeitungen veröffentlichten einen Abriss des Gesetzentwurfes über die Heeresreformen. Hiernach soll der Militärdienst künftig obligatorisch sein. Ferner sollen die Armeekorps reorganisiert und in den Regimentern drille Bataillone geschaffen werden. Durch diese Reform würde sich die Friedenspräsenzstärke des Heeres auf 250 000 bis 300 000 Soldaten stellen. — Nach dem hgl. Decret vom 9. Juli 1898 betrug die Friedenspräsenzstärke 128 559 Mann. Also um nahezu das Doppelte soll jetzt das Heer vergrößert werden! Die Spanien bei seinen zerrütteten Finanzverhältnissen und unzähligen Schulverbindlichkeiten ein derartiges Heer constituiren und — besolden will, dürfte Spanien selbst ein dunkles Geheimniß bleiben.

### Deutsches Reich.

\* [Ein Hunderttausend-Dollar-Geldschuß für Spandau.] Eine Beihilfe von 100 000 Dollars zur Befreiung jüdischer Ausgewanderten ist der Stadt Spandau von einem in Nordamerika lebenden

ehemaligen Spandauer Bürger Namens Wagner angeboten worden. Der gegenwärtig im 75. Lebensjahre stehende alte Herr schreibt in dem betreffenden Briefe an den Spandauer Magistrat, daß er in deutschen Zeitungen gelesen habe, seine Vaterstadt Spandau hätte hohe Steuern zu bezahlen und für die Herstellung neuen Pflasters und Regulirung der Straßen große Ausgaben zu leisten etc., weshalb er gern helfend einzuspringen bereit sei. Der Magistrat wird die genannte Summe, welche sich als ein Testamentserbmachtig darstellte, mit Freuden annehmen.

\* [Wider den ambulanten Gerichtsstand.] Die Strafkammer des Landgerichts München I. hat in einer Beileidigungsklage des Seminarlehrers Wohnlein (Straubing) gegen das „Baier. Vaterland“ und den „Nürnberg. Anzeiger“ grundsätzlich gegen den ambulanten Gerichtsstand der Presse entschieden. Das Münchener Schöffengericht hatte sich gegen den „Nürnberg. Anzeiger“ für unzuständig erklärt, und die Strafkammer pflichtete dieser Entscheidung mit der Begründung bei, daß die Beileidigung durch eine Druckschrift da für vollendet, also begangen zu erachten sei, wo die erste Verbreitungshandlung stattgefunden habe.

\* [Auf dem internationalen Bergarbeitercongreß in Brüssel.] 47 Bevollmächtigte anwesend, die 1433 000 Bergarbeiter vertreten, und zwar 32 englische Vertreter für 666 000 Bergarbeiter, vier französische Delegirte für 152 000 Bergarbeiter, zwei deutsche Delegirte für 350 000 Bergarbeiter, zwei österreichische Delegirte für 140 000 Bergarbeiter und sieben belgische Delegirte für 125 000 Bergarbeiter. Der erste Punkt war der englische Antrag auf gesetzliche Einführung des Achtstundentages; von den 750 000 englischen Bergarbeitern haben sich 600 000 für diese Reform ausgesprochen. Die englischen Delegirten machten geltend, daß nicht durch Ausstände, sondern durch praktisches Vorgehen diese Reform erreicht werden müsse. Sein Bergarbeiter dürfe bei Parlamentswahlen einem Candidaten seine Stimme geben, der sich nicht für den Achtstundentag verpflichtet. Die deutschen und österreichischen wie die belgischen und französischen Delegirten traten unbedingt für den Achtstundentag ein und forderten ihn für die Arbeiter in der Tiefe und auf der Oberfläche. Nur das englische Parlamentsmitglied Fenwick griff den Antrag scharf an und bekämpfte jedes gesetzgeberische Vorgehen für den Achtstundentag, der im Princip trefflich, in der Praxis schlecht und nicht ausführbar sei. Die Bergarbeiter seien gleichgiltig gegen diese Reform, da sie nicht einmal die von den Forderungen angebotene Arbeitskürzung annehmen. Die französischen Delegirten bekämpften diese Ansichten und wiesen auf die von dem deutschen Kaiser selbst nach Berlin berufene Konferenz hin, die die Arbeitsregelung gewollt habe. Selbstredend müsse das Gesetz über den Achtstundentag international sein und alle Bergarbeiterbezirke aller Länder binden. Der gesetzliche achtstündige Arbeitstag wurde mit 1408 000 Stimmen gegen 300 000 englische Stimmen, der deutsch-österreichische Antrag auf den Achtstundentag auch für die auf der Oberfläche arbeitenden Arbeiter einstimmig angenommen. Der zweite Punkt „Verantwortlichkeit der Arbeitgeber“ führte nach langer Debatte zu der Annahme des Grundgesetzes, daß die Arbeitgeber für alle Unfälle in den Minen verantwortlich sind und die Arbeiter angemessen zu entschädigen haben.

Stettin, 27. Mai. In der Sache des Streiks der hiesigen Seelente fand heute Mittag im Bureau der Neuen Dampfer-Compagnie eine Besprechung zwischen den Rhebern und den Mitgliedern der Streik-Commission statt. Die Rheber bewilligten eine Erhöhung der Monatssteuer um drei Mark und sagten ferner, falls die contractbrüchigen Seelente sofort an Bord gehen würden, zu, von der Stellung weiterer Strafanträge abzusehen, dagegen sollen die bereits eingeleiteten Strafverfahren ihren Gang gehen. Die Ausständigen hatten heute Abend eine Versammlung ab.

Stettin, 28. Mai. Die von den ausländischen Seelenten gestern Nachmittag einberufene Versammlung beschloß, die Zugeständnisse der Rhebereien anzunehmen, und empfahl dringend den Ausständigen, sofort an Bord ihrer Schiffe zurückzukehren. Dieser Beschluß kam unverzüglich zur Ausführung. Der Ausstand der Seelente ist damit beendet.

Breslau, 25. Mai. [Majestätsbeleidigung aus Noth.] Um sich ein Unterkommen im Untersuchungsgefängnis zu verschaffen, hatte eines Tages der beschäftigungslose Arbeiter Oscar Frost auf offener Straße in Gegenwart eines Schutzmannes eine grobe Schmähung gegen den Kaiser ausgeföhrt. Das Gericht verurtheilte ihn deshalb heute wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Aachen, 26. Mai. Wegen Landesverraths ist am letzten Montag in Herbesthal eine den besseren Kreisen angehörende Persönlichkeit durch zwei Berliner Criminalbeamte unter Mitwirkung der Herbesthaler Polizei verhaftet worden. Der Verhaftete wurde der hiesigen Staatsanwaltschaft vorgeführt und dann nach Leipzig ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

\* [Posen, 27. Mai. Nächsten Montag findet vor der Strafkammer die neue Verhandlung gegen den Chefredacteur der „Posener Zeitung“, Goldbeck, wegen Beleidigung des Oberpräsidenten Frhrn. v. Wilmowitz-Wöllendorf statt, nachdem das Reichsgericht das erste, auf zwei Monate Gefängnis lautende Urtheil aufgehoben hat. Der Vertheidiger hat die Ladung des Finanzministers v. Miquel, des Oberpräsidenten v. Wilmowitz, des Oberbürgermeisters von Posen Witting und anderer namhafter Personen beantragt.

### Frankreich.

Paris, 28. Mai. Nach einer heute zur Feier des Jahrestages der Pariser Commune in der Rue Menilmontant abgehaltenen anarchischen Versammlung kam es beim Verlassen des Versammlungsortes zwischen den Anarchisten, welche im Zuge durch die Straßen marschirten wollten, und der Polizei zu einem Zusammenstoß. Mehrere Manifestanten und fünf Polizisten wurden verwundet. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

### Von der Marine.

Das „Marineverordnungsblatt“ veröffentlicht eine allernächste Cabinetsordre über die Bildung der diesjährigen Herbstübungs-Flotte. Die Uebungen finden von Mitte August bis Mitte

September statt. Es nehmen Theil die Linienjacht des ersten Geschwaders, das später aus den Küstenpanzerjachten zu bildende zweite Geschwader, die Reserve-Panzer-Ranonensbootdivision, beide Torpedobootflotten, sowie das Schulschiff „Blücher“, die kleinen Kreuzer „Wacht“, „Hela“, „Blitz“, „Greif“, „Grille“ und zeitweise der kleine Kreuzer „Zieten“ sowie der „Pelikan“.

### Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 29. Mai. Wetterausblick für Dienstag, 30. Mai, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wolke mit Sonnenschein, ziemlich kühl, windig, Strichweise Regen und Gewitter.

\* [Für den Kaiserbesuch.] Sind nunmehr die Dispositionen omittlicher Seite getroffen worden. Danach wird der Kaiser am Freitag, den 2. Juni, gegen 8 Uhr Morgens mit Sonderzug in Gubenboden eintreffen und es soll von dort die Fahrt nach Cöbinen in bereit gehaltenen Equipagen über Trum u. f. m. erfolgen. In Cöbinen wird sich der Kaiser nur einige Stunden aufhalten, dann auf demselben Wege nach Gubenboden zurückfahren und von dort Nachmittags mit dem Sonderzuge die Weiterreise nach Prökelwitz machen. In Prökelwitz ist ein mehrtägiger Jagdaufenthalt vorgesehen. Ueber die Dauer desselben ist jedoch Näheres noch nicht bestimmt. Der Besuch des Kaisers in Langfuhr scheint hiernach, für die Hinfahrt wenigstens, definitiv aufgegeben zu sein. Die Hinfahrt erfolgt derselbe, wie auch in früheren Jahren, auf der Rückfahrt.

\* [Herr commandirender General v. Senje] begab sich heute Abend nach Graudenz zur Besichtigung des dort stehenden Infanterie-Regiments Nr. 141 und des Feldartillerie-Regiments Nr. 35 und kehrt am 31. d. M. hierher zurück.

\* [Manövergelände.] Der Commandeur der 36. Division Herr General v. Puschke hat sich mit Herrn Major Wunsch vom Generalstab der 36. Division heute zur Erkundung des Manövergeländes in der Gegend von St. Ehlau begeben und kehrt am 31. d. M. hierher zurück.

\* [Sturmgeschäden.] Durch den am Sonnabend herrschenden Sturm sind mancherlei Schäden angerichtet worden. So wurde an der Petershagener Promenade von einem der großen, alten Kastanienbäume ein mannshoher Ast abgerissen. Derselbe fiel auf die Promenadenfläche und zog die Leitungsröhre der elektrischen Bahn sowie die Drähte der Telephonleitung nieder, ohne jedoch dieselben zu zerreißen. Der Verkehr der elektrischen Bahn nach Odra wurde durch den Vorfall ca. 1/2 Stunde lang unterbrochen. Die große „Allee“ und einige andere Promenadenwege waren in kurzer Zeit durch abgebrochene Zweige und Blätterwerk vollständig bedeckt. Der schräg stehende Kastanienbaum am Pfarrhof vor dem dortigen Eiskeller hatte ebenfalls einen seiner Hauptäste verloren, und um ein Unglück zu vermeiden, wurde von Mannschaften des Stadthofes der Baum vollständig abgeägt. Auch auf Langgarten mußten Mannschaften des Stadthofes eingreifen. Einige junge Bäume waren durch die Gewalt des Sturmes umgebogen und mußten wieder aufgerichtet und angebunden werden. Von einzelnen Häusern waren Dachpfannen heruntergefallen, so daß die Passage zu den betreffenden Häusern gesperrt werden mußte.

\* [Betriebsunterbrechung durch Hochwasser.] Das Hochwasser hat auf der Chaussee Puhig-Arochow zwischen Sulitz und Alanin auf einer Strecke von 30 Metern bei dem Uebergange über die Charnau den Chausseebauweg weggespült. Seit gestern können die Postomnibusse zwischen Puhig und Arochow nicht verkehren. Die Chausseebauverwaltung läßt an der Durchbruchstelle eine Notzbrücke herstellen.

\* [Schiffsunfälle.] Der Straßunder Logger „Dithelo“ ist gestern Abend durch den Stettiner Dampfer „Gertrud“ hier vollständig entmastet eingeschleppt worden. „Dithelo“ kam von Eibau mit Getreide und ist nach Apenrade bestimmt. — Ferner ist der Hamburger Dampfer „Ernst“ in den Hafen zu Neufahrwasser zurückgekehrt, weil sein Maschinen sich eine Hand erheblich gequält hatte.

\* [Sonntags-Verkehr.] Der gestrige Verkehr auf unseren Lokalfreuden war in Folge des ungünstigen Wetters um mehr als die Hälfte schwächer als sonst an Sonntagen um diese Jahreszeit. Es wurden nur 6807 Rückfahrkarten gelöst, und zwar in Danzig 3184, Langfuhr 1110, Odra 652, Joppot 945, Neufahrwasser 165, Bröjen 199, Neufahrwasser 552. Befördert wurden auf der Strecke Danzig-Langfuhr 3692, Langfuhr-Odra 3168, Odra-Joppot 2144, Danzig-Neufahrwasser 1638, Langfuhr-Danzig 3693, Odra-Langfuhr 3716, Joppot-Odra 2197, Neufahrwasser-Danzig 1422 Personen.

\* [Verbandsstag der ost- und westpreussischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine.] Nachdem am Sonnabend Nachmittag eine gemeinsame Vorstandssitzung des Verbandes mit den Vereinsvorsitzenden und Delegirten stattgefunden hatte, wurde gestern Vormittag in Graudenz der 3. Verbandsstag der Haus- und Grundbesitzer-Vereine beider Provinzen abgehalten. Es waren vertreten die Vereine Graudenz, Jastrow, Königsberg, Marienburg, Memel, Neustadt, Osterode, Pelplin, Ponarth, Pr. Stargard und Tilsit. Ueber die Verhandlungen ist folgendes zu berichten:

Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß dem Verbandsamte im verflossenen Jahre 2 neue Vereine zugetreten sind, mithin jetzt 13 Vereine mit ca. 3000 Mitgliedern dem Verbandsamte angehören. Danzig, Thorn und Culm sind dem Verbandsamte nicht beigetreten. Verhandelt wurde dann über die regelmäßige Beaufichtigung der städtischen und ländlichen Wohnungen durch besondere amtliche (staatliche oder kommunale) Organe. Der Referent, Herr Stadtobersteher Dr. Thie-Rönigsberg, und auch der Correferent Herr Rechtsanwalt Horn-Jastrow besprachen diese Sache und kamen zu dem Resultat, daß ein Bedürfnis für derartige Beaufichtigungen nicht anerkannt werden könne. Nach längerer lebhafter Debatte nahm die Versammlung folgende Resolutionen an:

- 1) Der Verband ost- und westpreussischer Haus- und Grundbesitzer-Vereine giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich in den Provinzen Ost- und Westpreußen keine derartigen Mängel im Wohnungsweisen in den Städten gezeigt haben, welche die gesetzliche Einführung der Wohnungsbeaufichtigung nothwendig machen.
- 2) Falls eine gesetzliche Regelung des Wohnungsweins angestrebt werden soll, ist eine reichsrechtliche Regelung, nach welcher für jede städtische Commune

und auf dem Lande für jeden Areal die selbstständige Errichtung und Leitung eines aus Aeryen, Banquaverständigen und Hausbesitzern zusammengefügten Wohnungsamtes, welches den städtischen Verhältnissen entspricht und die Aufgabe hat, in gesundheitsvoller Beziehung nicht nur die Baubefähigkeit bewohnter Räume, sondern auch die Art und Weise der Wohnungsbenuhung zu prüfen und falls durch das Eingreifen des Wohnungsamtes ein Vermögensnachtheil entsteht, Entschädigung zu leisten ist, obligatorisch werden müßte, jeder anderen Regelung vorzuziehen.“ Der folgende Beratungspunkt bezog sich auf die Nothwendigkeit der Ausdehnung des projectirten ost- und westpreussischen Provinzial-Pfandbrief-Institutes auf die Provinz Westpreußen. Die mit dem Referat hierüber beauftragten Herren Penkwith-Graudenz und Prof. Dr. Heidenhain-Marienburg konnten die Ausdehnung dieses Institutes auf ganz Westpreußen nur empfehlen, während Hr. Bloch-Neustadt ganz entgegengesetzten dagesen war, weil der Danziger Hypotheken-Verein ja derartige Geschäfte und zwar in der coulanteften Weise besorge. Die Versammlung trat dieser Ansicht aber nicht bei und nahm mit großer Stimmenmehrheit eine Resolution an, welche die Ausdehnung des ost- und westpreussischen Pfandbrief-Institutes auf Westpreußen wünscht. Bei Besprechung betreffend die Herstellung eines für ganz Deutschland geltenden einheitlichen Miethsvertragsformulars im Anschluß an die Bestimmungen des neuen bürgerlichen Gesetzbuches hob der Referent Herr Rechtsanwalt Meckel-Tilsit und der Correferent Herr Rechtsanwalt Fuhse-Königsberg hervor, wie schwierig es sei, ein einheitliches Formular für das ganze deutsche Reich zu schaffen. Man müßte versuchen, wenigstens innerhalb der Provinzialverbände gleichlautende Miethsverträge zu schaffen. — Nach gemeinsamem Mittagmahl wurde gegen 6 Uhr mit den Beratungen fortgefahren. Eine lebhafteste Debatte entzündete sich über die Ausdehnung der Beileidigungsgrenze für städtische Grundstücke bis zu zwei Drittel ihres Werthes und die gesetzliche Ermächtigung der Hypothekenbanken, kleinere Grundstücke bis zu gewisser Höhe ohne besondere Tage beileihen zu dürfen. Die in dieser Sache angenommene Resolution hält es für erforderlich, daß die Beileihung bis zu 2/3 des Grundstückswerthes zugelassen und daß den Hypothekenbanken gestattet werde, Beileihungen bis zum Betrage von 12 000 Mk. ohne Tage, lediglich auf Grund einer Werthbeileihung von durch die Landesverwaltung zu bestimmenden Ortsbehörden, vorzunehmen.

Heute (Montag) wurde eine Dampferfahrt nach den Bingsbergen und Bösershöhe unternommen.

\* [Herr Friedrich Müller f.] Unser greiser Mitbürger Herr Carl Friedrich Müller, Begründer des optischen Geschäftes der späteren Firma Bormfeldt u. Solmski, welcher am 11. April d. J. sein 90. Lebensjahr vollendete und am 4. d. M. bei seinem 50jährigen Schöpfungsjubiläum zum Ehrenmitglied der Schöpfungbrüderchaft ernannt wurde, ist heute Vormittag gestorben, nachdem er noch in voller Munterheit dem Schöpfungsfeste am letzten Donnerstag beigewohnt hatte.

\* [Danziger Bürger-Verein von 1870.] Wie uns der Vorstand mittheilen erucht, wird morgen Abend eine kurze General-Versammlung die Winterthätigkeit des Vereins abschließen. Es soll dann über die Veranstaltung eines Sommerfestes beraten und den Mitgliedern verschiedene Belohnungen, Vorträge der Sänger-Abtheilung geboten werden.

\* [Personalien bei der Forstverwaltung.] Der königl. Förster Bienenröder zu Mirchau ist vom 1. Juli ab die Försterstelle zu Schöper bei Odra verfehrt, der bisherige Forstfänger Zietlow in der Oberförsterei Wilmowalde als königl. Förster auf der Försterstelle Kalembe in der Oberförsterei Wilmowalde, der bisherige Forstfänger Rudolf Grams in der Oberförsterei Wilmowalde als königl. Förster auf der Försterstelle Kalembe in der Oberförsterei Wilmowalde, der bisherige Forstfänger Carl Dicksen in der Oberförsterei Odra als königl. Förster auf der Försterstelle Mirchau angestellt worden.

\* [Neue Telegraphenstelle.] Am 30. Mai wird in Wilmowalde eine mit der Ortspostanstalt verbundene Telegraphenbetriebsstelle, verbunden mit öffentlicher Sprechstelle und Unfallmeldeamt, eröffnet werden. Der Spreichbereich ist auf die Orte Großbruch, Kahlberg, Normeln, Neuhagen (fr. Neuhagen), Palsmark, Pröbberau, Steegen, Stuthof und Bogelsang (fr. Danzig) festgelegt.

\* [Posttagen.] Das am vergangenen Sonnabend bei der hiesigen Ober-Postdirection abgehaltene Postassistenten-Tagen haben bestanden die Posthilfs-Gurshi und Cull hierseits, Danzig in Elbing, Rader in Rosenburg (Westpr.) und Ardrer in St. Ehlau.

\* [Der katholische Kirchenbau-Verein zu Schölich] hat, wie in der Jahresversammlung am Freitag Abend mitgetheilt wurde, im verflossenen Jahre eine Einnahme von 18 155 Mk. erzielt, wovon 17 730 Mk. dem Kirchenbau-Fonds zugeführt werden konnten, wonach dieser jetzt auf 68 296 Mk. angewachsen ist.

h. [Der Danziger Lehrerverein] hielt am Sonnabend im Café Moldenhauer eine Sitzung ab, in welcher Herr Lehrer Wannack einen Vortrag über den gelehrten plattdeutschen Dichter Alaus Groth hielt. Beginnend mit der Schilderung des Landes, das die Geburtsstätte des Dichters, Heide im Kreise der Norddithmarschen, einschließt, der kernigen, biederen Bewohner dieses Landes, führte Redner den Werdegang des Dichters vor, der seine Laufbahn als Volksschullehrer in seinem Heimatstädtchen begann, mit 36 Jahren in Bonn sich eifrig den Universitätsstudien widmete und heute als Professor in Kiel wirkt, als Dichter bewundert und geehrt von ganz Deutschland. Rühmliche Proben aus den Hauptwerken des Dichters, aus seinem 1852 erschienenen „Quidborn“, jenen tief-sinnigen Liedern voll Heimath und Kindheit und nach Elfenland, den reizenden Kindergeboten, „Für die Eltern“ und andere in den Vortrag einschließend, schloß Redner denselben mit dem schönen Wahlspruch des Dichters: „An Arbeit holt di und an Gott!“ — Darauf gab Herr Alachöfer einige interessante Cefskizzen aus pädagogischen Zeitschriften. — Der Verein vollzog vier Aufnahmen und nahm drei Anmeldungen entgegen. An Stelle des nach Neu-Buhomitz verfertigten Lehrers Bidder II. wurde Herr Auer zum zweiten Vortragslehrer gewählt.

\* [Evangelisch-kirchlicher Hilfsverein.] Der Vorstand des Provinzial-Verbandes hielt am 26. d. Mts. unter dem Vorsitz des Herrn Generalsuperintendenten D. Böblin eine Sitzung ab, an der u. a. die Herren Confistorial-Präsident Meyer und Polizei-Präsident Wessel Theil nahmen. Für die am 5. und 6. Juni in Berlin stattfindende 11. Jahresversammlung des Gesamtvereins wurde Herr Generalsuperintendent D. Böblin deputirt. Derselbe ist zugleich von dem Vorsitzenden des engeren Ausschusses in Berlin, Herrn von Cesevich, aufgefordert, bei der am 6. Juni im Elisabethsaal des königl. Schlosses vor der Kaiserin stattfindenden Verammlung des Vereins über den Fortgang des Werkes und die Entwicklung der vom evangelisch-kirchlichen Hilfsverein unterstützten Arbeiten in der Provinz Westpreußen zu berichten. Der Assistent, Herr Commerzienrath Claassen gab den Assistentenbericht, nach welchem die Einnahmen des westpreussischen Verbandes 5105,67 Mk. betragen. Der Schriftführer, Herr Pastor Scheff, berichtete über die eingegangenen Unterstützungsgeluche. Folgende Beihilfen wurden bewilligt: Für das Gemeindehaus in St. Ehlau 200 Mark, für den Gemeindefaal in Schöndel und dem Vereinsaal in Elbing 90 Mk., Magdalenen-Arzt in







